



## Erinnern in Ravensbrück

Überlebende gedenken der Befreiung des KZ vor 70 Jahren. Seite 12

Foto: dpa/Patrick Pleul

## Ölkatastrophe ohne Ende

Fünf Jahre »Deepwater Horizon« – die US-Südküste bleibt gezeichnet. Seite 9



Foto: dpa/Erik S. Lesser

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 20. April 2015

70. Jahrgang/Nr. 91

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## Zehntausende gegen TTIP

Globaler Aktionstag gegen Freihandelsabkommen

Berlin. Zehntausende TTIP-Gegner haben weltweit gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA protestiert. Auch in Deutschland gingen sie am Samstag auf die Straße, allein in München versammelten sich rund 20 000 Demonstranten. »Wir wollen damit deutlich machen, dass der Widerstand weitergeht«, sagte Roland Süß vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Dagegen warben deutsche Spitzenmanager vehement für das Abkommen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) beteuerte, es werde kein TTIP-Abkommen »um jeden Preis« geben.

Attac sprach von rund 750 Aktionen in etwa 45 Ländern, davon gut 230 in Deutschland. In Wien demonstrierten rund 6000 Menschen, in Madrid etwa 5000, in Barcelona 4000 und in Brüssel rund 2000. In Berlin bildeten die TTIP-Gegner eine Menschenkette vom Potsdamer Platz zum Brandenburger Tor. Die Proteste richteten sich auch gegen das geplante CETA-Abkommen mit Kanada und das vorgesehene Dienstleistungsabkommen TiSA.

Zu TTIP beginnt an diesem Montag in New York die neunte Verhandlungsrunde. Das Abkommen soll Handelshemmnisse abbauen und grenzüberschreitende Investitionen ankurbeln. Kritiker befürchten, dass EU-Standards etwa im Verbraucher- und Umweltschutz oder im sozialen Bereich gesenkt werden. LINKE-Chef Bernd Riexinger sagte bei einer Kundgebung in Kassel: »Selbstverständliche Standards für Lebensmittel, Umwelt, Beschäftigung, öffentliche Dienste – mit TTIP wird die Welt auf den Kopf gestellt.« dpa/nd Seiten 4 und 6

## UNTEN LINKS

Mit scharfer Kritik hat die Bundesregierung auf die in einer Studie nachgewiesene **Macht von Oligarchen** reagiert. Laut der Untersuchung ziehen in vielen Großkonzernen superreiche Familien im Hintergrund die Strippen. »Der Einfluss der Dynastien offenbart sich erst dann, wenn es um die Macht ihrer Stimme geht«, wird ein Forscher zitiert. Bei einem Drittel der Konzerne seien die Strukturen so mächtig, dass sie sich bei zentralen Entscheidungen nach Gutdünken durchsetzen können. Einige der Kapitaldynastien hätten sich sogar eine Struktur geschaffen, die ihr Bestimmen absichert, auch wenn sie gar nicht die Firmenmehrheit halten. Generell, so die Studie, seien die Oligarchien »schnell in der Übermacht«. Glauben Sie nicht? Nun, an dem, was Sie bis hierher gelesen haben, ist alles richtig. Die Dynastien gibt es ebenso wie die Studie über den Einfluss reicher Familien auf die 30 DAX-Konzerne. Nur der erste Satz ist gelogen. Es geht schließlich nicht um russische Kapitalisten. tos

ISSN 0323-3375



Foto: Reuters/Juan Medina

## Hier tötet die EU Menschen

Es ist das wohl bislang schlimmste Massensterben im Mittelmeer: Wieder kentert ein Schiff mit Flüchtlingen, bis zu 700 Menschen kommen ums Leben. Die Opposition beklagt unterlassene Hilfeleistung der Berliner Politik.

Berlin. Es ist wohl das bisher schlimmste Unglück dieser Art im Mittelmeer: Nach dem Kentern eines nur etwa 30 Meter langen Kutters mit rund 700 Flüchtlingen an Bord sind am Sonntag nur wenige Menschen gerettet worden. Die meisten derer, die auf dem Schiff nach Europa fliehen wollten, starben etwa 190 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa im Meer. Bis Sonntagabend waren 24 Leichen geborgen worden.

Erst vorige Woche waren Hunderte Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik zu beklagen. Seit Beginn des Jahres starben

bereits weit über 1500 Menschen an den EU-Außengrenzen; seit dem Jahr 2000 sind es weit über 28 000.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow sprach gegenüber »nd« von einer »Schande für Europa« und forderte »sichere Fluchtkorridore«. Deutschland müsse sich für umfangreiche Hilfsmaßnahmen einsetzen, verlangte Linksfraktionsvize Jan Korte. Ein europäischer »Gipfel der Mitmenschlichkeit« müsse »dieses massenhafte Sterben« stoppen. Simone Peter, Bundesvorsitzende der Grünen, sprach von einer »Katastrophe mit Ansa-

ge«. Wer jetzt nicht handle, »macht sich unterlassener Hilfeleistung schuldig«, warnte der SPD-Politiker Frank Schwabe.

Die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, sprach sich für die Schaffung einer funktionierenden Seenotrettung aus. Pro Asyl forderte die Bundesregierung auf, ihren Widerstand gegen ein europäisches Seenotrettungsprogramm aufzugeben. »Menschenleben müssen gerettet werden«, sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. »Es ist völlig egal, ob dadurch Schlepper profitieren.« nd/Agenturen

## STANDPUNKT

# Wir haben zu wenig dagegen getan

Tom Stroschneider über die tödliche Festung Europa, einen mordenden Kontinent und die moralischen Grenzen unseres bequemen Lebens

Das Schlimmste ist, dass so viele Menschen gestorben sind. Schon wieder. Inzwischen ist die Zahl der Opfer des europäischen Grenzregimes auf fast 30 000 gestiegen.

Das Zweitschlimmste sind die Routinen, mit denen wir darauf reagieren. Medien machen Schlagzeilen, Politiker empören sich, Abänderung wird versprochen. Doch es geschieht nichts. Auch wir, die wir uns solidarisch an der Seite derer sehen, die vor Not und Krieg fliehen und die an der Festung Europa zugrunde gehen, müssen uns an Tagen wie diesem fragen, ob das, was wie eine Haltung aussieht, nicht doch in Wahrheit eine Zuschauerrolle ist, die zu überwinden wir vielleicht nicht mutig genug waren in unserem doch recht bequemen Leben.

Dieses Europa bringt Menschen um. Tausende. Es mauert sich ein und nimmt den Tod so vieler Menschen in Kauf – um der Einhaltung falscher Regeln Willen und um

den eigenen, global über Jahrzehnte zusammengeklauten Wohlstand abzusichern. Die Handlanger sind Politiker, die die Aussicht auf die eigene politische Wiederwahl nicht gefährden wollen, und deshalb im Grunde alles so belassen, wie es ist. Pegida lässt tödlich grüßen.

Dieses Europa mordet, auch wenn das vielleicht nicht im juristischen Sinne exakt formuliert sein mag.

Aber ist es nicht gemeingefährlich, in dem Wissen um die Not der Vielen nichts zu unternehmen, um deren Leben zu retten, ihnen in Würde das zu geben, was sie wollen und was wir uns leisten können: Asyl? Ist es nicht Heimtücke, auf eine Flotte von bestens ausgerüsteten Marineschiffen und sonstigen Booten zurückgreifen zu können, diese aber in den Häfen zu belassen, während auf hoher See Menschen auf verrosteten Kuttern den Tod finden? Ist es nicht Habgier, Flüchtlinge

nur deshalb und mit tödlichen Mitteln abzuwehren, weil diese hier an einem materiellen Leben teilhaben wollen, das der Kapitalismus, den wir selbst mit unserem Handeln am Laufen halten, den Armen der Welt in ihrer Heimat nicht zugesteht? Und gibt es Grausames, als Menschen, die dem Tod durch Verhungern, durch marodierende Banden, durch Waffen aus deutscher Produktion, durch die im Norden angetriebene Umweltzerstörung gerade entkommen sind, im Meer ersaufen zu lassen?

Europa hat sich in der Charta seiner Grundrechte verpflichtet, die Würde aller zu achten und zu schützen. »Jeder Mensch hat das Recht auf Leben«, heißt es da zu Beginn. Es bleibt eine Lüge, solange die Wirklichkeit so ist: Dieses Europa tritt die Würde von Menschen und nimmt ihnen ihr Leben. Dieses Europa bringt Flüchtlinge um. Und wir haben dagegen bisher zu wenig getan.

## Flüchtling zündet sich aus Angst vor Abschiebung an

Marokkaner schwer verletzt / Berlin: Tausende gegen Asylunrecht

Lingen. Zwei Tage vor seiner geplanten Abschiebung hat sich ein Asylbewerber aus Marokko in Lingen im Emsland angezündet. Der 36-Jährige zog sich dabei am Samstagabend lebensgefährliche Verletzungen zu. Der Mann schüttete nach Polizeiangaben vom Sonntag Benzin aus einer Flasche über seine Hose und steckte diese mit einem Feuerzeug in Brand. Passanten rissen ihn zu Boden und versuchten, das Feuer zu löschen. Das gelang aber erst den zur Hilfe gerufenen Polizisten mit einem Feuerlöscher.

Der 36-Jährige hatte seine Verzweiflungstat bei der Polizei angekündigt. Kurz zuvor war ein Notruf des Marokkaners bei der Polizeidirektion in Osnabrück eingegangen, die daraufhin die Inspektion in Lingen informierte. Als Beamte den Mann auf einem Supermarktparkplatz fanden, hatte er sich bereits angezündet. Der 36-Jährige, der am Montag abgeschoben werden sollte, kam zunächst in das Krankenhaus in Lingen. Wegen der Schwere der Verletzungen wurde er noch am Samstagabend in eine Spezialklinik nach Gelsenkirchen geflogen.

Gegen eine weitere Verschärfung des Asylrechts demonstrierten am Samstag in Berlin-Kreuzberg mehrere Tausend Menschen. »Die Bundesregierung gießt mit ihrem Vorhaben die Pegida-Forderungen in Gesetzesform«, kritisierte die Sprecherin des Bündnisses für ein bedingungsloses Bleiberecht, Mareike Singer. Mit der Kundgebung wandte sich das Bündnis linker Gruppen gegen eine geplante Verschärfung des Asylrechts, mit der unter anderem erreicht werden soll, dass Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung, künftig einfacher abgeschoben werden können. Agenturen/nd Seite 11

## GdL kündigt neue Streiks bei Bahn an

Verhandlungen erneut gescheitert / Streikbeginn und -ort noch unklar

Berlin. Es ist ein zähes Geschäft. In dieser Woche wollen die Mitglieder der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) wieder streiken. Das beschloss der Vorstand der GdL am Sonntag. Zuvor hatte die GdL die nach vier Streikrunden wieder aufgenommenen Tarifgespräche mit der Deutschen Bahn erneut für gescheitert erklärt. In dem seit 2014 andauernden Tarifstreit geht es um mehr Geld, weniger Arbeit und um die Ausweitung des Einflussbereiches der GdL im Unternehmen: Die Gewerkschaft will künftig auch Tarifverträge für Zugbegleiter, Lokrangierführer sowie das Personal in Bordrestaurants abschließen. Doch das macht bislang die DGB-Eisenbahnergewerkschaft EVG.

Der Grund für das erneute Scheitern der Gespräche ist laut der GdL der Unwille der Bahn, die Lokrangierführer ebenso zu behandeln wie Lokführer im Personenverkehr. Die Bahn wolle die GdL »zwingen, die Lokrangierführer als billigen Jakob im Tarifvertrag zu verankern«, sagte GdL-Chef Claus Weselsky nach dem Scheitern der Verhandlungen am Freitagabend. Bei den Punkten Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und der Ausweitung der GdL-Zuständigkeit hatte sich das Unternehmen im Februar bewegt und Zugeständnisse gemacht, nachdem die Gewerkschaft mit einem 100-stündigen Streik gedroht hatte. Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber rief die GdL-Spitze zu neuen Verhandlungen auf. In der »Bild am Sonntag« äußerte er Unverständnis für den Verhandlungskurs der GdL. Dass man kurz vor einem Abschluss gestanden habe, hatte Weselsky indes energisch zurückgewiesen.

Wann genau der kommende Streik beginnt, will die GdL »rechtzeitig« mitteilen, hieß es. In der Vergangenheit hatte sich die Gewerkschaft an eine selbst gesetzte 24-Stunden-Frist gehalten. jme/mit Agenturen